

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872**

14.3.1872 (No. 63)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 14. März.

N. 63.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

## Amtlicher Theil.

Zufolge Allerhöchster Kabinetts-Ordre Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen vom 27. Februar d. J. ist der Zeug-Lieutenant Müller vom Artillerie-Depot in Rastatt zum Zeug-Premierlieutenant befördert, und der Zeug-Premierlieutenant Walter von demselben Artillerie-Depot, zum Artillerie-Depot in Koblenz, sowie der Zeug-Lieutenant Kühne vom Stabe des Rheinischen Festungs-Artillerie-Regiments Nr. 8 zum Artillerie-Depot in Rastatt veretzt worden.

Unter gleichem Datum ist der Premierlieutenant Buttman vom Badischen Pionier-Bataillon Nr. 14 zum Hauptmann befördert, und durch Verfügung der Königlichen General-Inspektion des Ingenieur-Corps zum Fortifikations-Dienst in Besel kommandirt, sowie die außerordentlichen Secundanlieutenants Krause II. und Krüger dem Badischen Pionier-Bataillon Nr. 14 zur Dienstleistung überwiesen worden.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramm.

Berlin, 12. März. Das Abgeordnetenhaus genehmigte ohne erhebliche Debatte und unverändert die noch nicht erledigten Paragraphen des Hypothekengesetzes, sowie die Ueberschrift desselben, wobei der Antrag auf Exemption Westphalens und der angrenzenden Landestheile von der Wirksamkeit des Gesetzes abgelehnt wurde. Die Grundbuchordnung wird mit einem Amendement Behr's angenommen, welches dahin lautet, daß der Staat subsidär für die durch Versehen der Grundbuchbeamten verursachten Beschädigungen zu haften hat. Der Finanzminister hatte sich gegen das Amendement ausgesprochen. Hierauf wird der Kostentarif zur Grundbuchordnung ohne Debatte angenommen. Der Finanzminister hatte erklärt, daß der Regierung das Zustandekommen des Gesetzes sehr am Herzen liege und sie daher den Kommissionsvorschlägen zustimme. Auch der bei der Grundbuchordnung gefasste Beschluß wegen der Haftpflicht des Staates erzeuge vom finanziellen Standpunkt kein Bedenken, erheische jedoch keine Erhöhung des Kostentarifs. Hierauf wird der Gesetzentwurf betr. die Stempelabgaben gewisser bei dem Grundbuchamt anzubringender Urtheile angenommen.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht das sanktionirte Schulaufsichtsgesetz.

Berlin, 12. März. In der gestrigen Abend Sitzung der vereinigten Kommissionen für Handel, Gewerbe, Finanzen und Zölle wurde der Gesetzentwurf wegen des Ankaufs der Taunus-Bahn einstimmig genehmigt. Der bezügliche Vertrag mit der hessischen Ludwigsbahn wurde als für den Staat sehr günstig anerkannt und einstimmig angenommen. Auch wurde die Nothwendigkeit des Baues eines Centralbahnhofes in Frankfurt a. M. aus militärischen Gründen zugegeben, weil die jetzigen wenig Raum gewährenden Bahnhöfe dem Transport der Armee und des Kriegsmaterials während des letzten Feldzugs große Schwierigkeiten bereitet hätten, welche in Zukunft vermieden werden müßten.

München, 12. März. Abgeordnetenkammer. Zu dem Antrage Freitag, sämtlichen aktiven Staatsbeamten die Annahme von Gründers- oder Verwaltungsrathsstellen an industriellen Unternehmungen bei Strafe der Entlassung aus dem Staatsdienste zu untersagen, erklärt der Justizminister Dr. Fausst: Der Antrag sei praktisch nicht durchführbar, er (der Minister) halte die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen für genügend, verspreche aber eine strenge Handhabung der bestehenden Gesetze. Schließlich erklärt der Justizminister, daß ein neues Beamtendisziplinar-Gesetz und eine strenge Handhabung desselben nothwendig seien. Hiernach wird der Antrag auf den Wunsch des Antragstellers und mit Zustimmung des Justizministers an eine eigens zu wählende Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Auf die Anfrage des Abg. Herz erklärt der Ministerpräsident, es sei offiziell nicht bekannt, daß der Reichstag am 8. April zusammentrete. Auf die Frage, was geschehen solle, wenn die Kammer bis zum Zusammentritt des Reichstages ihre Arbeiten nicht erledigt haben sollte, erwidert der Ministerpräsident, daß die Regierung die Kammer nicht vertagen, sondern die Staatsarbeiten beendigen lassen werde. Aus dem zufälligen Zusammentreffen des Tages der Versammlungen von Berlin und München dürfe die Regierung nicht das Recht ableiten, der Kammer ihre Pflicht zur Erledigung des Budgets zu erlassen.

Baunzen, 12. März. Heute früh flogen die Stampfwerke der hiesigen Pulverfabrik in die Luft, wobei zwei Arbeiter ums Leben kamen und einer verwundet wurde.

Wien, 12. März. Wie die Morgenblätter übereinstimmend melden, wird der Coupon der Aktien der austro-

türkischen Kreditanstalt an allen derzeitigen Zeichenstellen des Auslandes kostenfrei eingelöst werden.

Bukarest, 12. März. Die Kaiserin Elisabeth reist heute über Pesth und Wien nach Rom ab, um ihre durch das Fieber angegriffene Gesundheit wieder herzustellen.

St. Petersburg, 12. März. Die Kaiserin reist in diesem Monate nach der Krim ab, wo sie bis zum Herbst verweilen wird. Der Kaiser begleitet dieselbe bis Odessa. — Der Generaladjutant Ignatieff, seither Vorsitzender der Gesuchskommission, wurde zum Präsidenten des Ministerkomitees ernannt.

## Deutschland.

Karlsruhe, 13. März. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben heute wieder eine größere Anzahl von Personen empfangen, und waren durch die den Angemeldeten erteilten Audienzen bis nach 2 Uhr Nachmittags in Anspruch genommen.

Strasbourg, im März. Wie die „Deutsch. Tabakztg.“ mittheilt, hat der Vorsitzende des Reichskanzler-Amtes auf die gegen den Fortbestand der Strassburger Fabrik gerichtete Eingabe einer großen Anzahl deutscher Tabakfabrikanten geantwortet, daß die Aufhebung der Strassburger Tabakmanufaktur als Staatsanstalt in der Absicht der Regierung liegt, die Verwaltung sich aber vorbehalten muß, den geeigneten Zeitpunkt für die Einstellung der Fabrikation zu bestimmen.

Saarburg, 11. März. (N. K.) Die Entwicklung unseres Kollegiums steht einzig da. Mit drei Brüdernpaaren eröffnet, im ersten Vierteljahr auf 19 Zöglinge gestiegen, schließt es nunmehr sein erstes Halbjahr mit 40 Schülern ab, davon die Hälfte Einheimische. Anstatt der anfänglichen 3 Professoren zählt es 7, von Ostern ab 9 Lehrkräfte, statt der ursprünglichen 2 Klassen die Abtheilungen IX—II. Neu geschaffen wurden die Vorschule und ein Internat, für welches sich bereits hohe Persönlichkeiten interessieren, eine Schüler- und eine Lehrerbibliothek.

Meß, 8. März. (Cour. d. l. Mos.) Unter den Bemerkungen von Meß, welche am Dienstag vor dem Untersuchungsrath über die Kapitulation von Meß ihre Ausfagen zu machen hatten, figurirten die H. de Bouteiller, Adjunkt an der Mairie, Kollet, gewesener Huissier, Manguin, gewesenes Mitglied des Generalrathes, Prost, gewesener Wundarzt. Einer dieser Herren hat nach einer sehr genauen Untersuchung über die Bourbaki'sche Angelegenheit einen merkwürdigen Bericht verfaßt. Derselbe stützt sich auf Briefe Bourbaki's und seines Adjutanten Hrn. Leperche, sowie auf die Erklärungen der Luxemburger Aerzte, welche mit Bourbaki Meß verließen. Der General reiste in Zivilkleidern, welche ihm Bazaine selbst geliehen, nach Corny. Als er bei den Vorposten ankam, bemerkte er sehr bald, daß ihn die Offiziere der preussischen Armee sehr wohl erkennen und sogar auf sein Kommen vorbereitet zu sein schienen. In einem seiner Briefe erklärte er, daß er in diesem Augenblick ein Gefühl gehabt habe, als wenn das Herz ihm zugeschnürt würde, und die wahre Sachlage sei ihm dann zum ersten Male klar geworden. Es war jedoch zu spät, er hatte Meß verlassen und sollte nicht mehr dorthin zurückkehren. Ein Zeuge hat erklärt, daß General Bourbaki, als er noch zu Meß war, sich ihm gegenüber geäußert habe, daß wenn es je zu einer Kapitulation kommen sollte, er der kaiserl. Garde die Erinnerungen von Waterloo (1815) ins Gedächtniß zurückrufen werde. Es ist möglich, daß dem Marschall Bazaine dieser Plan Bourbaki's, dessen Ausführung des Generals Abreise von Meß verhindert hat, bekannt war. [Die Erinnerungen von Waterloo — was sollen das für Erinnerungen sein? Man wird doch nicht das Märchen von dem Worte „die Garde stirbt u. s. w.“ im Sinn haben? denn daß sie ein Märchen sind, ohne einen Hauch von geschichtlicher Wahrheit, ist längst unüberleglich nachgewiesen worden.]

Aus Erfurt schreibt man der „Magd. Ztg.“: Mehreren jungen Gymnasiallehrern der Provinz Sachsen ist Seitens der Regierung die Anfrage zugegangen, ob sie bereit seien, in Stellungen bei dem zu errichtenden deutschen Gymnasium in Meß einzutreten. So viel wir erfahren haben, wird beabsichtigt, dort ein Gymnasium mit Alumnaatseinrichtungen in großem Umfange zu begründen.

München, 12. März. An den bevorstehenden Beratungen des deutschen Bundesraths in Berlin werden von den Bevollmächtigten Bayerns die Staatsminister v. Pfreyschner und v. Luz nicht theilnehmen können, da die Verhandlungen unserer Kammer die Anwesenheit der beiden Minister in München nothwendig machen. — Dem „Südd. Telegr.“ zufolge ist der Justizminister Dr. Fausst zum Bevollmächtigten Bayerns beim Bundesrathe ernannt worden.

Dresden, 11. März. Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 11. März. Schulgesetz.

Eine längere Debatte verursachte § 29 (Orts-Schulaufsicht). Diese sollte nach der Regierungsvorlage über solche Schulen, die unter der Leitung eines Direktors stehen, von diesem, über solche Schulen aber, denen ein Direktor nicht vorsteht, von dem Pfarrer der Pfarodie ausgeübt werden. Die Deputation schlug vor, daß die Aufsicht über solche Schulen, welche unter der Leitung eines Direktors oder Hauptlehrers stehen, durch diese, über die Schulen, wo das nicht der Fall ist, durch den von der Orts-Schulbehörde zu bestellenden Orts-Schulinspektor ausgeübt werde. Staatsminister Dr. v. Gerber begründete den Regierungsentwurf, indem er hervorhob, daß derselbe lange vor Einbringung des jetzt in beiden preussischen Kammern angenommenen preussischen Gesetzes aufgestellt worden, daß die politischen Motive, welche die k. preussische Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßt habe: zu verhindern, daß mit der Lokal-Schulaufsicht der Staatsregierung selbst ein unberechtigter Widerstand geleistet werde, für Sachsen nicht geltend gemacht werden könnten. Es sei kein einziger Fall bekannt, daß ein sächsischer Geistlicher seine Stellung als Schulaufscher gemißbraucht habe, um gegen die Regierung Opposition zu machen oder Partei zu ergreifen. Es sei überhaupt eine historische Erscheinung, daß sich die evangel. Kirche dem Staat unterwerfe. Uebrigens handle der Geistliche als Lokal-Schulinspektor ausschließlich im Auftrage des Staats und nicht der Kirche; dieses sein Amt könne ihm jeder Zeit, sobald er es mißbrauche, vom Staat wieder genommen werden. In der Abstimmung wurde die Deputationsfassung angenommen, jedoch aus derselben die Worte: „oder Hauptlehrers“ gestrichen. Der bei diesem Paragraphen vom Abg. K. Bruner beantragte Zusatz: „Der mit der Aufsicht über den Religionsunterricht beauftragte Ortsgeistliche der konfessionellen Mehrheit hat als solcher auch das Recht, an den Verhandlungen des Orts-Schulvorstandes mit Stimmrecht Theil zu nehmen“, wurde mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Zum Schluß wurde eine Resolution, die auf Verlegung eines Gesetzes über das höhere Schulwesen gerichtet war, trotz des Widerspruchs der Regierung gegen 20 Stimmen, eine weitere Resolution betreffs Herstellung eines Bibelzuges einstimmig angenommen.

Berlin, 11. März. Auf eine aus Dresden eingegangene Adresse hat Fürst Bismarck unterm 3. d. M. nachstehende Antwort (zu Händen des Hrn. Dr. F. L. Siegel) ertheilt:

Berlin, den 3. März 1872. Die von Ew. Wohlgeborn in Verbindung mit einer großen Zahl namhafter und einflußreicher Männer an mich gerichtete Adresse, d. d. Dresden, den 22. Febr. c. habe ich mit verbindlichem Danke empfangen. Es ist mir besonders erfreulich gewesen, daß die Haltung der preussischen Regierung auch über die Grenzen Preußens hinaus ein so klares Verständniß und eine so patriotische Würdigung gefunden hat, und die persönliche Bedeutung der H. Unterzeichner gewährt mir die Hoffnung, daß Preußen überall im Deutschen Reich die Zustimmung und Unterstützung finden wird, deren es bedarf, um den kirchlichen Frieden zu bewahren. Friede zwischen Kirche und Staat; Friede unter den verschiedenen Konfessionen; Achtung der berechtigten Ansprüche und der unentbehrlichen Attributionen der Staatsgewalt wie der Kirche: das ist das Ziel, welches wir erstreben und welchem wir mit Gottes Hilfe wenigstens näher zu kommen hoffen. — v. Bismarck.

Berlin, 11. März. (Köln. Z.) Die Abstimmungen im Herrenhause über das Schulgesetz werden noch immer viel besprochen. Mehrfach wurde schon die Haltung des früheren Ministerpräsidenten v. Mantuffel hervorgehoben, der denn doch die Sache über die Partei stellte und dessen Haltung bei diesem Vorkommniß auch von ministerieller Seite anerkannt wurde. Sehr auffällig erschien dagegen die Abstimmung gegen das Gesetz eines früheren alt-liberalen Staatsmannes, der es nicht vergessen kann, daß die Ereignisse seine düsteren Prophezeiungen nicht erfüllen wollten. Die Mitglieder der Opposition sollen übrigens sehr erzürmt sein über die auch für sie unerwartete große Majorität. Die „Autogr. Korresp.“ erzählt sogar heute Abend, die Schlimmsten hätten beim Nachhausegehen versichert, sie würden niemals wieder den Fuß über die Schwelle des Herrenhauses setzen. Das ist gewiß pikant. Man wird der Versicherung aber doch nicht ohne weiteres trauen dürfen. Und was würde dann aus der exklusiven Gesellschaft fleißiger Mitarbeiter werden, welche Hr. v. Senff-Pilsach so wenig als möglich gestört sehen möchte!

In dem am 3. März ausgegebenen Verzeichnisse derjenigen höheren Lehranstalten, welche zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Qualifikation zum einjährig freiwilligen Militärdienst berechtigt sind, finden sich aus Baden aufgeführt: die Gymnasien zu Baden, Bruchsal, Donaueschingen, Lahr, Offenburg, Tauberbischofsheim, die Lyceen zu Karlsruhe, Konstanz, Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Rastatt, Wertheim, die Realgymnasien zu Karlsruhe, Mannheim, Lörrach, Pforzheim, die Realschule zu Baden, und die höheren Bürger Schulen zu Karlsruhe, Konstanz und Freiburg.

Berlin, 11. März. Gestern Abend um 11 Uhr hat der König von Württemberg die Weiterreise nach St. Petersburg angetreten.

Ein hiesiges Blatt behauptet, der „Generaladjutant“ Fürst Anton Radziwill werde wegen seiner oppositionellen Abstimmung bei der Entscheidung des Herrenhauses über das Schulaufsichtsgesetz aus seiner jetzigen Stellung in den Armeedienst zurücktreten. Diese Erfindung verbindet sich



noch mit einem offenbaren Irrthum. Oberst Fürst Radzi-  
will ist nicht Generaladjutant, sondern Flügeladjutant. In  
der Regel treten nun die Flügeladjutanten nach mehrjähriger  
Dienstleistung beim Könige wieder in den praktischen  
Armedienst zurück. Wahrscheinlich wird dies auch dem  
Fürsten Radziwill der Fall sein. Aber der Zeit-  
punkt dafür ist noch nicht bestimmt, und sein Landtags-  
votum hat damit nichts zu schaffen.

Bekanntlich ist im Abgeordnetenhaus die Feststel-  
lung des diesjährigen Budgets wesentlich verzögert worden.  
Wegen der Gehaltserhöhungen wird dessen endgiltiger  
Abschluss besonders sehnlich in den Beamtentreisen er-  
wartet. Man glaubt nun, das Herrenhaus werde noch im  
Laufe dieser Woche seine Budgetverhandlungen zu Ende  
führen. Erst nach der Sanctionirung des Staatshaus-  
halts-Etats können in Bezug auf die einzelnen Beamten-  
gehälte definitive Festsetzungen getroffen werden. Die sehr  
umfangreichen Vorbereitungen dazu sind aber vom Finanz-  
ministerium und von den betreffenden Ressortchefs zum  
größten Theile schon erledigt. Es sollen alle Anstrengun-  
gen aufgewendet werden, um möglichst am 1. April den Be-  
amten die Gehaltserhöhungen zukommen zu lassen, und  
zwar gleich für zwei Quartale mit Nachzahlung für die  
abgelaufenen drei Monate, da der Jahresetat vom 1. Jan.  
an gerechnet und der Gehalt quartalsweise praenumerando  
gezahlt wird.

**Berlin, 12. März.** Dem Vernehmen nach ist zwi-  
schen der Regierung und dem Präsidium des Abgeord-  
netenhauses eine Verständigung dahin erfolgt, daß die  
Planverhandlungen über den Entwurf einer neuen Kreis-  
ordnung alsbald beginnen und möglichst zu Ostern zu Ende  
geführt werden sollen. Zu Ostern tritt dann wieder der  
Schluß noch eine förmliche Vertagung des Landtags ein,  
sondern das Abgeordnetenhaus unterbricht einfach seine  
Arbeiten, bis es von seinem Präsidenten wieder einberufen  
wird. Mit der Feststellung dieses Kompromisses hat das  
Staatsministerium sich in seinen jüngsten Sitzungen be-  
schäftigt. Dabei wird dem Herrenhause während der am  
8. April beginnenden Session des deutschen Reichstags die  
Gelegenheit geboten, seine Verhandlungen namentlich auch  
über die Kreisordnung so zu fördern, daß nach dem Reichs-  
tags-Schluß die Landtags-Session nicht mehr lange Zeit  
in Anspruch nimmt. — Die Ausarbeitung des Reichs-  
haus-Haushalts-Etats für das Jahr 1873 ist in den be-  
treffenden Ressorts ihrer Vollendung nahe. Mehrere  
Einzel-etats sind schon zur Vorlegung beim Bundesrath  
fertig.

**Berlin, 13. März.** (Rdn. 3.) Die Nachricht, daß die beiden  
Häuser des Landtags während der Reichstags-Session ver-  
tagt werden sollen, wird von kompetenter Seite als un-  
richtig bezeichnet, und dagegen behauptet, daß die Einberu-  
fung des Reichstags noch hinausgeschoben werden soll.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 11. März.** Vielleicht hat auch auswärts die  
Mittheilung ein Interesse, daß es die bestimmte Absicht  
ist, während der Welt-Ausstellung (Sommer 1873)  
die Wiener Universität ganz zu schließen. Um aber  
den Ausfall zu decken, werden die beiden noch voraus-  
gehenden Semester durch Abkürzung der Ferien so nahe zu-  
sammengerückt werden, daß noch vor dem Beginn der  
Ausstellung das Sommersemester 1873 vorweggenommen  
werden kann.

**Brag, 11. März.** Morgen findet eine Konferenz der  
Bischöfe Böhmens und Mährens statt, um gegen die  
Regierungsabsichten betreffs Aufbesserung der Lage des  
niedereren Klerus hindernde Schritte zu beraten. (1)

#### Italien.

**Rom, 6. März.** Der Unterrichtsminister Correnti  
hat folgendes Auktual erlassen, aus dem sich ergibt, daß  
ähnliche Schulfragen, wie sie die politische Welt in Deutsch-  
land so lebhaft beschäftigen, auch hier nicht fehlen:

Einige Schulräthe haben sich vom Unterrichtsministerium Anwei-  
sungen über die Art erbeten, wie sie sich in Betreff gewisser zu auf-  
gehobener religiöser Körperschaften gehöriger oder ihnen affilierter, meist  
aus dem Auslande gekommener Personen verhalten sollen, welche eine  
Schule ohne die erforderliche Erlaubnis eröffnen, oder, nachdem sie die-  
selbe erbeten und erlangt, den Unterricht Anderen abtreten, häufig den  
Wohnsitz wechseln, um die Ueberwachung unmöglich zu machen, und Theil-  
nehmer an einer politischen und kirchlichen Propaganda sein könnten, die  
sich unter dem Vorwande verbirgt, sich mit dem Unterrichte zu be-  
schäftigen. Der Minister hat diesen Schulräthen, sowie allen anderen,  
die sich in ähnlichen Verhältnissen befinden möchten, nur ein Wort  
zu sagen: mögen sie nach dem Gesetze verfahren ohne Schwäche und  
Parteilichkeit. Zunächst wird es genügen, zu bemerken, daß das ita-  
lienische Gesetz den religiösen Körperschaften nicht nur kein Vorrecht  
vor anderen moralischen Körpern oder vor Einzelnen gewährt, sondern  
daß es jene Körperschaften nicht einmal anerkennt, dieselben vielmehr  
nur im Schatten des gemeinsamen Genossenschaftsrechts fortzuführen.  
Sodann aber, indem wir von dieser Betrachtung absehen und uns nur  
an den Wortlaut der Gesetze über den Unterricht halten, gibt es  
Rechtsmittel und Patente für die Individuen, aber nicht für moralische  
Personen. Es liegt also auf der Hand, daß die Person selbst, welche  
unterrichtet, und nicht eine andere für sie, handle es sich nun um eine  
Nonne oder um eine Superiorin oder um irgend welche andere Person,  
mit einem Erlaubnisbeschein versehen sein muß. In der That, der Er-  
laubnisbeschein konstatirt die Befähigung zum Unterrichte, die naturge-  
mäß an die betreffende Person gebunden ist und sich nicht von einer  
Person auf die andere übertragen läßt, wie wenn es sich um eine bloße  
Vollmacht handle. Es ist somit unerlässlich, daß der Rektor oder die  
Bezirksinspektoren häufig die von den sogenannten Religiösen gehaltenen  
Schulen besuchen und von der Lehrerin, welche sie in der Klasse  
finden, die Vorzeigung ihres Erlaubnisbescheines verlangen, und jedesmal,  
wo dieselbe nicht mit einem solchen versehen ist, müssen sie die  
Schließung der Schule anordnen. Es kommt wenig darauf an, wenn  
die nicht mit einem Erlaubnisbeschein versehene Lehrerin dafür eine an-  
dere substituirt, die einen solchen besitzt, oder ob sie von dieser berufen

worden ist, sie zu ersetzen. Was die Bewilligung zur Eröffnung einer  
Schule betrifft, welche die sogenannten Religiösen unter Vorweis der  
gesetzlich erforderlichen Bescheinigungen verlangen könnten, so darf man  
nicht außer Acht lassen, daß unter der Zahl dieser Bescheinigungen auch  
die figuriren müssen, welche die italienische Nationalität der Bittstellersin-  
nen konstatiren. Die Nationalangehörigkeit, sagt Art. 150 des Regle-  
ments vom 15. September 1860, ist eine unerlässliche Bedingung für  
den, der eine Privatschule eröffnen will; die Mitglieder der religiösen  
Körperschaften sind von dieser Regel nicht ausgenommen. Diese Be-  
dingung wird sogar vom Gesetze stark betont. Der Artikel 15 setzt  
fest, daß der Gründer eines Instituts streng genommen keinen Er-  
laubnisbeschein zu besitzen braucht, wenn er den Unterricht Personen  
überträgt, die mit einem solchen versehen sind, aber er muß italieni-  
scher Bürger sein. Durch dieses Mittel hat der Gesetzgeber in seiner  
Weisheit eine Propaganda verhindern wollen, welche vom Auslande kom-  
men könnte unter dem Vorwande, den Unterricht fördern zu wollen.  
Kurz, wenn es sich um die Erlaubnis zur Eröffnung einer Schule  
handelt, so ist immer der Nachweis der italienischen Nationalangehörig-  
keit zu fordern, und was den Betrieb der Schule betrifft, so ist stets  
von der Person, welche unterrichtet, die Vorzeigung des Erlaubnis-  
bescheines zu verlangen. In keinem Falle darf man sich von der strengen  
Einhaltung der Gesetze entfernen, aber man muß immer mit der  
festigen Raschheit und der festen Entschlossenheit handeln, welche aus  
der Ueberzeugung hervorgeht, im Rechte und der Wahrheit zu sein.  
Das sind die Ideen, mit denen die Schulräthe sich erfüllen müssen,  
um die Gefahren eines Unterrichts zu mindern, der sehr häufig mit  
einem Hintergedanken erteilt wird und unverträglich ist mit den Ein-  
richtungen, die wir anstrengt zu erhalten verpflichtet sind, und mit der  
bürgerlichen Wiegeburt, nach welcher Italien strebt.

**Rom, 11. März.** Mgr. Chigi wird nächster Tage  
nach Paris zurückkehren, da sein Bruder, dessen Erkrankung  
in hierhin führte, bereits gestorben ist. Der Papst sagte  
heute in einer öffentlichen Audienz, die Leiden der Kirche  
datirten hauptsächlich vom Jahre 1848. Damals begannen  
die Feinde der Kirche das römische Volk zu beherrschen. Vor-  
her war Rom und Italien dem Papstthume ergeben. Es  
kam damals eine Deputation, die dem Papste die Präsi-  
dentschaft der italienischen Konföderation anbot. Aber der  
Papst gab zur Antwort, daß er seine eigenen Rechte be-  
wahren, aber auch keine fremden Rechte verletzen wolle.  
Der hl. Vater schloß seine Rede mit der Bemerkung,  
zweierlei Mächte könnten in Rom nicht zusammen bestehen,  
aber er dürfe hoffen, daß die normale Ordnung der Dinge  
in kurzer Zeit wieder hergestellt sein würde.

#### Frankreich.

**Paris, 11. März.** Die Presnovelle des Hrn.  
B. Lefranc soll nächsten Mittwoch oder Donnerstag zur  
öffentlichen Verhandlung gelangen und noch sieben Regie-  
rung und Kommission sich unversöhnt gegenüber. Es heißt,  
daß die Rede, welche Hr. v. Guiraud am Samstag in Sa-  
chen des Hrn. Bouyer-Quertier gehalten hat, nur ein Vor-  
spiel zu der parlamentarischen Schlacht war, welche der Re-  
gierung aus Anlaß dieser Presnovelle geliefert werden soll.  
Woran sich die Rechte stößt, das ist, wie man wohl begreift,  
nicht die durch den Entwurf beabsichtigte Einschränkung des  
Rechtes der freien Meinungsäußerung, sondern die Bekräfti-  
gung, welche derselbe für die herrschende, d. h. die repu-  
blikanische Staatsform enthält. „Die von der National-  
versammlung eingesetzte Regierung“ (le gouvernement  
institué, nicht bloß le gouvernement établi, welches  
Wort nur einen faktischen und vorübergehenden Zustand  
bedeuten würde), „umsturzversuche gegen die bestehende  
Regierung“ — das sind die Ausdrücke und Begriffe, wel-  
che die monarchischen Parteien nicht zulassen zu dürfen  
glauben; noch weniger wollen sie den Dekreten und Reso-  
lutionen, mit denen der gegenwärtige, in ihren Augen pro-  
visorische und zu jeder Stunde widerrufliche Zustand ge-  
gründet wurde, durch namentliche Anführung die Sanction  
von Grundgesetzen geben. Die Regierung ihrerseits, welche  
immer sichtlich in das republikanische Fahrwasser einlenkt,  
bedient sich der bonapartistischen Untertöne nur als eines Vor-  
wandes, um der Nationalversammlung eine neue Bekräfti-  
gung des durch den Rivetischen Antrag geschaffenen kon-  
stitutionellen Zustandes abzuvingen. Man erzählt nachträglich  
eine sehr bezeichnende Aeußerung, welche Hr. Thiers in  
der Kommission fallen ließ. „Ich muß anerkennen“, sagte  
er, „daß, wenn wir gut regieren, unser Erfolg der Staatsform  
zu statten kommen muß, die uns als Depot anvertraut wor-  
den; darum darf man aber nicht verlangen, daß wir schlecht  
regieren.“ Wie man sieht, handelt es sich in der bevor-  
stehenden Debatte um ganz andere Dinge, als um eine  
Presnovelle: Hr. Thiers will, nachdem er durch den Brief  
des Hrn. Barthélemy-St. Hilaire das Terrain sondiren  
ließ, einen Schritt weiter in republikanischer Richtung thun,  
und die Rechte scheint entschlossen, sich Dem mit ihrem  
numerischen Uebergewicht zu widersetzen. Es ist möglich,  
daß irgend ein subtiler Kopf eines der beiden Centren eine  
Formel ausfindig macht, welche den Gegensatz ausgleicht;  
aber auch ein solches Kompromiß hätte für die Regierung,  
die ein positives Ziel im Auge hatte, schon die Bedeutung  
eines Rückzugs. Die Regierung muß in der bevorstehen-  
den Debatte siegen oder sich für alle Zukunft der monar-  
chischen Majorität ergeben: dies ist der wahre Sinn der  
Verhandlung, welche in zwei oder drei Tagen eröffnet wer-  
den soll.

**CH Paris, 12. März.** Die gestern vom „Siecle“ ge-  
brachte Nachricht von der Entdeckung eines bonapar-  
tistischen Komplotts und zahlreicher Arrestationen ist  
aus der Luft gegriffen. — Einige militärische Anstalten  
wurden Freitag und Samstag an der Schweizer Grenze  
und hauptsächlich auf dem Fort von Bellegarde getroffen,  
in Befürchtung eines Handstreichs von Seiten der im Genf  
versammelten Flüchtlinge der Commune und Mitglieder der  
Internationalen. Uebrigens hat kein derartiger Versuch statt-  
gefunden. — Die Aften der wegen der Ermordung der  
Dominikaner von Arcueil Verurtheilten wurden heute  
der Gnadenkommission zugestellt. Es befinden sich bekanntlich  
drei zum Tode Verurtheilte darunter. — Die neulich vo-

tirte Zuschlagstare auf die Flagge findet auf Spanien  
keine Anwendung; auch die Canarischen Inseln sollen davon  
ausgenommen werden. — Der Präsident wird sich heute  
zum Besuche des Prinzen und der Prinzessin von Wales  
nach Paris begeben. — Mit großem Interesse sieht man  
dem Prozesse des Generals Trochu gegen den „Figaro“  
entgegen. Der Verteidiger dieses Blattes wird Hr. Grand-  
perret sein, der, wie man sich erinnert, öffentlicher An-  
kläger im Prozeß Pierre Bonaparte und Justizminister am  
4. Sept. war. Der Fall dürfte gegen den 25. d. M. vor-  
kommen.

#### Großbritannien.

**London, 11. März.** Im Unterhause wird bei der  
Spezialdebatte über das Militärbudget das Amendement  
Holmes, das Armeefontingent um 20,000 Mann zu ver-  
mindern, mit 234 gegen 63 Stimmen verworfen; dasselbe  
Schicksal hat der Antrag Munn auf Verminderung der  
Infanterie um 10,000 Mann. — Johnston fragte, ob die  
Nachricht wahr sei, daß das britische Kriegsschiff „Rosario“  
das Dorf Kutapu zerstört habe, dessen Bewohner den Bi-  
schof Patteson ermordeten. Lord Enfield, der Unter-  
staatssekretär des Auswärtigen, erwiderte, die Regierung  
habe keine Bestätigung dieser Nachricht. Auf eine Anfrage  
Dent's antwortet Forster, England werde auf der in Wien  
abzuhaltenden Konferenz über Maßregeln gegen die Vieh-  
seuche vertreten sein.

#### Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 13. März.** Die Zweite Kammer  
beschäftigte sich in ihrer heutigen 40. öffentlichen Sitzung  
zunächst mit der Berathung des außerordentlichen Budgets  
(Tit. IV, Handelsministerium, Tit. V, Finanzministerium),  
das nach den Anträgen der Kommission genehmigt wurde.  
Der Gesetzentwurf die Faustpand-Verträge der Kredit-  
und Vorschußvereine betr. wurde in 2. Lesung einstimmig  
angenommen. Sodann kam zur Berathung der Geset-  
zentwurf den Bau einer Eisenbahn von Schwaderreuth  
nach Hattingen betr., der mit der zu Protokoll gegebenen  
Erklärung angenommen wurde, daß die Regierung ermäch-  
tigt sei, noch im Laufe der gegenwärtigen Budgetperiode  
den Bau beginnen zu lassen. Von den zur Berathung ge-  
kommenen Petitionen heben wir hervor die Bitte pensionir-  
ter Zivilstaatsdiener um Aufbesserung ihrer Pension und  
um Wiederherstellung des § 6 des Staatsdiener-Edicts vom  
30. Januar 1819. Dieselbe wurde in erster Beziehung  
durch Ueberweisung zur Kenntnisaufnahme, in letzterer durch  
Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

**Karlsruhe, 13. März.** 41. öffentliche Sitzung der  
Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den  
14. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Ein-  
gaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Ertischel-  
ler über I. das ordentliche Budget der Eisenbahnbetriebs-  
verwaltung; II. das ordentliche Budget der Bodense-  
Dampfschiffahrts-Verwaltung; III. das Budget der unlan-  
denden Betriebsfonds der Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-  
Verwaltung; IV. das Budget über den Antheil Badens an  
dem Reinertrage der Main-Neckar-Eisenbahn für die Jahre  
1872 und 1873. 3) Erstattung und Berathung von Pe-  
titionsberichten, und zwar über die Bitten: 1. der Gemeinde  
Laudenbach, Amts Weinheim, um Errichtung einer Personen-  
Haltestelle daselbst; Berichterstatter: Abg. Heidenreich.  
2. Der Gemeinden Leimen und Sandhausen einerseits und  
der Gemeinde Rusploch andererseits, die Errichtung einer Gü-  
terstation bei St. Jigen; Berichterstatter: Derselbe. 3. Der  
Gemeinde Ketsch, um Berücksichtigung beim Bau der Eisen-  
bahn von Heidelberg nach Speier; Berichterstatter: Der-  
selbe. 4. Des Müllers L. Göll in Bruchsal, wegen des  
Betriebs der Sägmühle der Rechtsnachfolger des Freiherrn  
v. Glaubitz daselbst; Berichterstatter: Abg. Lang von  
Weinheim.

#### Badische Chronik.

**Karlsruhe, 13. März.** Die „Nordb. Allg. Ztg.“ theilt an  
der Spitze ihres neuesten Blattes den Wortlaut der bereits erwähnten  
Adresse mit, welche die große Mehrheit der badischen Abgeord-  
netenkammer an den Fürsten Bismarck gerichtet hat. Die-  
selbe lautet:

Durchlauchtigster Fürst!

Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über den  
Entwurf eines Schulaufsichtsgesetzes, vor Allen Gurer Durchlaucht  
entschlossenes Eintreten für das Recht des Staates, gegenüber den ver-  
werflichen Bestrebungen einer mittelalterlichen Kirchenpolitik haben in  
Baden in höchstem Maße die öffentliche Theilnahme erregt. Es er-  
innern uns an die ersten Kämpfe, welche während des letzten Jahr-  
zehnts unser Heimatland fast ununterbrochen in heftiger Bewegung  
erhielten.

Aber auch in den ungünstigen Jahren, da Regierung und Volks-  
vertretung in Baden den anstehenden Gewalten der kirchlichen An-  
griffe in fast vereinstimmiger Stellung widerstanden, hat das unerschütter-  
liche Vertrauen auf unser gutes Recht, sowie die innige und tren aus-  
sprechende Liebe des badischen Volks zu den gesetzlichen Ordnungen der  
Heimath auch den kleinen Staat als Sieger aus allen Anfechtungen  
hervorgehen lassen.

Sw. Durchlaucht sieht das Vertrauen, die Dankbarkeit, die Vater-  
landsliebe und die Gesehensbildung des deutschen Volks in diesem neuen  
Streite um die Unabhängigkeit des Reichs zur Seite.

Die unermeßliche Kraft dieser edlen Hilfsmittel, welche die Nation  
ihrem Führer in solchen Kämpfen um die höchsten Güter des Rechts-  
standes und der Gesittung unserer Zeit verleiht, wird Sw. Durchlaucht  
auf's neue die Ehren unvergänglichler Siege gewähren.

Möge die Vorsehung, welche schützend über der Begründung des  
neuen Reiches gewaltet hat, dem deutschen Staatsmanne fernerrhin  
Kraft und Gesundheit verleihe!

Die weise, mit sicherer Hand vollzogene Lösung der neu gestellten



Aufgabe wird Em. Durchlaucht den Dank und den Segen der Zeitgenossen und der kommenden Geschlechter erwerben.

In tiefer Verehrung

Karlsruhe, den 6. März 1872.

Em. Durchlaucht ergebenste

Kirsner, Eshard, Kiefer, Busch, Wittum, Paravicini, Friderich, Zuttleser, Nicolay, Müller von Rabold, Hufschmid, Rober, Blum, Kehler, Sachs, Eschbacher, Fischer, Henne, Morstadt, Schmidt von Konstant, Gerwig, Pfleger, Kimmig, Fleiner, Gerer, Heilig, Schuler, Müller von Borsheim, Frank, Weber, Heidenreich, Schmid von Tiefenhein, Rabs, v. Stöcker, Lang von Karlsruhe, Dieb, Bidel, Tritscheller, Fren, Stigler, Schöb, Lang von Weinheim, Richter, Grether, Serger, — Dennig (Mitglied der I. Kammer.) Wir rekrutieren die Namen, die wegen unentgeltlicher Schrift oft helle entstell sind, z. B. "Weidenitt" statt Friderich, "Lang von Wien hier" statt Lang von Weinheim, "Kimmig" statt Kimmig u. s. w.)

Karlsruhe, 13. März. Die Schüler der polytechnischen Schule brachten gestern Abend Hr. Prof. Baumgarten, der bekanntlich in Kürze nach Straßburg übersiedelt, einen großartigen, brillanten Fackelzug. Darauf folgte Komers in der Geiger'schen Halle.

Heidelberg, 12. März. Nächsten Sonntag 17. d. M. findet eine Delegirtenversammlung der Altkatholiken aus ganz Deutschland statt. Dem Vernehmen nach sind an die einzelnen Komitees im Lande Einladungen zur Beteiligung ergangen. Jedenfalls darf man annehmen, daß etwaige Vereine, die dem Komitee noch nicht bekannt sein sollten, auch ohne spezielle Einladung einen Vertreter entsenden werden. Immer klarer stellt sich die große Bedeutung der altkatholischen Frage auf. In solchem Grade der Lage darf kein Mann zurückbleiben, wo es gilt, für die höchsten Güter des Lebens einzustehen.

Staufen, 10. März. Man meldet der "Bad. Lnd.-Ztg.": Marbe's Volksversammlung unter des Schleibauers Keller Vortheil ist glücklich ausgefallen; unter kaum 100 Anwesenden waren etwa 50 Parteigenossen Marbe's, 3 von Staufen, inbegriffen den Pfarrer und sonstige Reugierige. Wir verzeichnen ein schönes Wort Marbe's: "Bist für die Anderstedenken."

**Veränderliche Nachrichten.**

München, 12. März. Der Führer der Fortschrittspartei Abg. Frhr. v. Stauffenberg wurde so heftig vom Oelentbeunatismus befallen, daß er sich zum Geben künstlicher Apparate begeben muß. Derselbe geht morgen auf längere Zeit in seine Heimath abzureisen.

Unter den Zustimmungsadressen, welche dem Fürsten Bismarck noch immer in großer Zahl zukommen, befindet sich auch eine, welche im Auftrage des Uebersetzers Bandmanns Nitscher in Eichenau an der Weiser von dem Abg. Werfler dem Ministerpräsidenten überreicht worden ist, und welche um ihrer besonderen Form willen besondere Erwähnung verdient. Derselbe besteht in einer von dem Widmenden auf seinem Alter ausgegrabenen großen alten Steinart aus der heidnischen Vorzeit, auf welche der Uebersetzer folgende Worte geschrieben hat:

Zustimmungsadresse an meinen lieben Fürsten Bismarck.  
Mit hüßten Viel ist die alle Steentit  
Da hob' ich von Halle die Bapen weit  
(Mit diesem Viel aus der alten Steintzeit  
Da halt' Dir vom Halse die Pfaffen weil.)

Ein, 9. März. Wie die "Einj. Ztg." erfährt, wurde den Altkatholiken in Ried die Abhaltung des Gottesdienstes wieder gestattet.

**Nachricht.**

Berlin, 12. März. Heute Nachmittag um 2 Uhr ist Fürst Bismarck nach dem Lauenburgischen abgereist, um etwa 14 Tage auf seinen dortigen Besitzungen zu verweilen. — Der Bezirkspräsident Graf zu Eulenburg tritt heute Abend die Reise auf seinen neuen Posten nach Metz an.

In Betreff der Dotationen verlaute hier als ganz zuverlässig noch folgendes Nähere: Summen von je 300,000 Thlr. haben vier Dotirte erhalten, nämlich der Feldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen, der Kriegsminister Graf v. Roon, der Feldmarschall Graf v. Moltke und der General der Kavallerie Frhr. v. Manteuffel. Beträge von je 200,000 Thlr. sind lediglich verliehen an den Staatsminister Delbrück, den General v. Werder und den General v. Goeben. Dotationen in Beträgen von je 150,000 Thlr. wurden vier Militärs zu Theil, und zwar den Generalen v. Voigts-Rheß, v. Fransecky, v. Alvensleben II. und v. Blumenthal. Letzterer ist der einzige unter den Generalstabs-Chefs der einzelnen Armeen, welcher eine Nationalbelohnung erhalten hat; die übrigen vom Kaiser verliehenen Dotationen belaufen sich auf die Summe von je 100,000 Thlr.

Schon mehrmals war die Rede von Schritten der Staatsregierung gegen den Bischof von Ermeland. Wie verlaute, hat zunächst eine genaue Prüfung der Frage stattgefunden, ob die große Ercommunication, welche der Bischof über den Dr. Wollmann und den Prof. Michels verhängt hat, eine Achtung Weider im Bereiche ihrer bürgerlichen Rechte enthalte. Nachdem auf Grund der neulich erwähnten Artikel des Allg. Landrechts ein solcher Uebergreif konstatirt worden, ist nunmehr an den Bischof die Aufforderung ergangen, seinerseits den Widerspruch zu lösen, in den er sich zur Staatsgesetzgebung gebracht hat. Wird dieser Aufforderung nicht in genügender Weise entsprochen, so stehen weitere Maßnahmen gegen den Bischof in Aussicht.

Insterburg, 12. März. Der hiesige Kreistag bewilligte in seiner heutigen Sitzung mit 30 gegen 10 Stimmen die unentgeltliche Gewährung von Terrain bis zu 50 Morgen zum Bau der masuren Eisenbahn.

Pesth, 12. März. Von gut unterrichteter Seite wer-

den alle Gerüchte über angebliche Mißlichkeiten zwischen Deak und seiner Partei als Erfindung bezeichnet. — Die deakistischen Blätter, namentlich die "Reform", sprechen sich entschieden gegen die von einigen Seiten empfohlene Auflösung des Reichstages aus. — Die Landtagswahlen in Kroatien sollen noch im Laufe des März ausgeschrieben werden.

Bern, 13. März. Die Volksabstimmung über Annahme oder Verwerfung der revidirten Bundesverfassung ist auf Sonntag den 12. Mai festgesetzt.

Rom, 12. März. Der Ausschuss hat den Armee-reorganisierungs-Entwurf angenommen. Die Kammer berieth Finanzprojekte. Sella nahm die Ausführanträge an, ausgenommen diejenigen bezüglich der Schatzdienstfrage, rüchlichst welcher er neue Konventionen mit den Banken vorlegt, worin den durch den Finanzausschuss vorgeschlagenen Abänderungen Rechnung getragen wird.

Die "Liberta" schreibt, der König werde im Laufe des Monats eine große Truppenchau in Rom abhalten, welcher das dänische Königspaar, Moltke und ausländische Offiziere beizuhen werden. Neaposthanische Blätter melden eine italienische Fregatte werde den Prinzen Friedrich Karl nicht bloß nach Sizilien, sondern nach den Ionischen Inseln und Egypten bringen und alsdann nach Italien zurückführen.

Versailles, 12. März. Nationalversammlung. Nach einem in Folge einer Beschwerde Schlicher's über die gefristete Abstimmung hervorgerufenen sehr stürmischen Zwischenfall wird die Censur gegen den Abg. Drifon ausgesprochen. Sodann wird der Bericht Grivart's über den Lefranch'schen Sicherheitsentwurf niedergelegt.

Der Vorsitzende der Budgetkommission, Benoist d'Azay, erklärt, daß noch 140 Millionen neuer Steuern gefunden werden müßten. Derselbe schlägt vor, auf Donnerstag eine Berathung über die Finanzen anzuberaumen. Der Minister des Innern gibt die Erklärung ab, daß die Regierung aus der Annahme des Gesetzeswerks über die Angriffe der Presse weder eine Regierungs- noch eine Ministerfrage machen werde.

Versailles, 13. März. Thiers empfing gestern Hr. Journeier, welcher im Laufe der Woche nach Rom gehen wird. Nachrichten aus Rom bestätigen, daß der Papst entschlossen ist, zu bleiben.

Karlsruhe, 9. März. (Konzerte. Schluß.) Am nächsten folgenden Montag nahm uns die musica sacra in Anspruch. Hr. Hoforganist Barnert versammelte eine ziemlich zahlreiche, andächtig zuhörende Gemeinde in der Schloßkirche, wo er sich auf der neuen Orgel hören ließ. Für Viele war dies die erste Gelegenheit, das Werk der H. V. B. und Söhne von Durlach näher kennen zu lernen. Sie werden sich überzeugt haben, daß dasselbe die Probe vortrefflich bestanden hat. Es zeichnet sich an Kraft und Klangfülle, sowie an Adel und Schönheit der einzelnen Register, namentlich auch der Fiedern und Cambenstimmen, aufs vortrefflichste aus. Nur Etwas ist uns aufgefallen: es schien uns, als ob im Bereich der untern Hälfte der eingestrichelten Oktave, etwa von f abwärts, in der vox humana eine gewisse Modifikation der Klangfarbe begänne, als ob von hier ab nämlich die Töne merklich gedehnt längen, als in den oberen Lagen. Wir glauben kaum, daß unser Ohr sich getäuscht hat, obgleich die Gelegenheiten zur Wahrnehmung so selten waren und so flüchtig vorübergingen, um uns zu vergegenwärtigen. Der Hr. Konzertgeber, der in diesen Blättern schon öfters rühmend erwähnt worden ist, bewährte sich wieder als Meister auf seinem Instrument. Er bewegte sich mit der gleichen Sicherheit auf dem polyphonen wie auf dem monophonen Gebiet; insbesondere ließ seine Darstellung des gebundenen Sazes und der figurirten Melodie, seine Leistungen auf dem Pedal, seine Registrierung u. s. w. nichts zu wünschen übrig. Und dabei hat er es verstanden, sein gewaltiges Instrument in allen seinen Eigenheiten vorzuführen und dem Zuhörer joduzagen Einblicke in alle einzelne Theile desselben zu öffnen. Von verschiedenen Gesangs- und Instrumental-talents trefflich unterstützt gestaltete sich das Konzert gleichsam zu einer musikalischen Abendandachts-Stunde. Niemand hat die Kirche unzufrieden verlassen.

Der darauff folgende Mittwoch, 6. d., brachte uns einen Kunstgenieß erer Denkung: Hans v. Bülow kehrte auf seiner neuesten Kunst-wanderung hier an und bot uns einen Klavier-Abend. Bekanntlich gilt er längst für einen der ersten unter den heutigen Meistern seines Instruments; wir selbst sind geneigt, ihn höher als alle andern zu stellen. Er vereinigt nämlich Alles, was den Andern eigen ist, und hat Eines vor ihnen voraus: größere Objektivität — ein Moment, auf das wir den höchsten Werth legen. Er legt es nicht darauf, seine Kunst, sondern die Kunst des schaffenden Künstlers, die er uns vorführt, auch getreulich darzulegen; er sieht sich nur an als den Interpreten eines Andern; er sucht in dessen inneren Gedanken einzudringen und gibt sie wieder ohne jede Ab- und Zusatz, ohne Beimischung fremder Ausdrucksformen und Mittel, ohne alle persönliche Präntension. Diese klassische Ruhe und Selbstlosigkeit bei aller Wärme der Empfindung war, wenigstens in dem gleichen Grade, weder Taufsig, noch ist sie Rubinstein eigen, den einzigen Klaviervirtuosen, die man als ebenbürtig Hr. v. Bülow an die Seite zu setzen gewohnt ist. Eine solche Höhe des Reproduktionsvermögens war nur möglich, wo so viel Geist, Studium, Wissen und Geschmacksbildung mit so viel technischer Anlage zusammentraf, wie hier. Hr. v. Bülow führte uns Klavierwerke von Mozart, Beethoven, Schumann, Chopin und Liszt vor. Es ist nach Dem, was wir im Allgemeinen bemerkt haben, kaum möglich, über den Verlauf des Konzerts im Einzelnen viel zu sagen; auch hat unser Blatt so eben erst von Mannheim aus eingehende parallele Mittheilungen gebracht. Alle Nummern des Programms fanden rauschenden Beifall; wenn er sich bei einigen, namentlich bei Beethoven, Chopin und Liszt, noch steigerte, so liegt dies lediglich in der Natur der aufgeführten Kompositionen d. h. am Stoff, und an der Form nur insoweit, als diese dem reproduktiven Künstler Gelegenheit gab, die Rünste der Reproduktion im glänzendsten Lichte zu zeigen. Hr. v. Bülow spielte Alles aus dem Gedächtniß; auch an Gedächtniskräfte wird er von keinem andern Virtuosen erreicht.

Karlsruhe, 12. März. (Groß. Hoftheater.) Hr. S. v. Moser hat sich mit seinem neuesten Werke: "Das Stif-tungsfest", Lustspiel in 3 Akten, viele Freunde erworben; auch die

zweite Aufführung fand den rauschenden Beifall; so herzlich und viel ist lange nicht im Theater gelacht worden. Erinnert wohl Manches an früher Dagewesenes, so ist doch das heitere Stück so außerordentlich glücklich erfunden, die Durchführung der Grundidee bis zum Schluß so spannend, der Dialog so witzig, ohne je trivial zu werden, die Charaktere so aus dem Leben gegriffen und sicher gezeichnet, daß ein glücklicher Erfolg nicht ausbleiben kann, zumal, wenn die Darstellung eine so musterhafte ist, wie an unserer Hofbühne. Es wurde ganz vortrefflich gespielt, von Allen, besonders aber gilt dies von Hr. Lange, der den Kommerzienrath Bolgau zu den glänzendsten Rollen seines reichen Repertoires zählen darf. Von unübersehlicher komischer Wirkung ist diese Leistung, die hauptsächlich deswegen so zündet, weil sie von überzeugender Wahrheit, Einfachheit, Naturtreue in Haltung, Sprache und Mache ist, daß man vergißt, im Theater zu sein. Von den Uebrigen sind noch zu nennen die H. Größler, Devrient, S. d. d. e., die Damen Größler und Könnentamp, sämtliche wurden nach den Akten stürmisch gerufen, Hr. Lange nach dem 2. Akt zweimal hintereinander.

Für die Nothleidenden in Persien ist weiter bei uns eingegangen: Von L. 2 fl. 10 fr., von B. & J. in Wollach 4 fl., von Vikar Schulz in Einsheim 2 fl., von Ungenannt 1 fl. 45 fr., von G. A. 1 fl., zusammen 105 fl. 45 fr.  
Karlsruhe, 13. März 1872.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Karlsruher Kurszettel vom 13. März.**

Staatspapiere.	
Deutschland 5 1/2 % Bundesoblig. 100 1/2	Oesterreich 4 1/2 % Papierrente 59 1/2
5 1/2 % Schatzscheine	5 1/2 % Obl. i. J. 28 fr. 90 1/2
Brennen 4 1/2 % Obligation. 104	burg 4 1/2 % Obl. i. J. 28 fr. 90 1/2
Baden 5 1/2 % Obligationen 103 1/2	Russland 5 1/2 % Oblig. v. 1870
4 1/2 %	£ à 12. 89
3 1/2 % Oblig. v. 1842 89 1/2	5 1/2 % Obl. v. 1871 89 1/2
Bayern 5 1/2 % Obligationen 100 1/2	Belgien 4 1/2 % Obligation. 101 1/2
4 1/2 %	Schweden 4 1/2 % Obl. i. J. 95 1/2
4 1/2 %	Schweiz 4 1/2 % Eid. Oblig. 101 1/2
Württemberg 5 1/2 % Obligation. 103 1/2	4 1/2 % Bern. St. St. 100
4 1/2 %	N. America 6 1/2 % Bonds 1882r
4 1/2 %	von 1862 96
Nassau 4 1/2 % Obligationen 99 1/2	6 1/2 % Obl. v. 1885r
4 1/2 %	von 1865 96 1/2
Sachsen 5 1/2 % Obl. 104 1/2	5 1/2 % Obl. v. 1904r
S. v. G. 5 1/2 % Obligation. 103 1/2	5 1/2 % Obl. v. 1864 94 1/2
Gr. Hessen 5 1/2 % Obligation. 103 1/2	3 1/2 % Spanische Rente 88
4 1/2 %	3 1/2 % Oesterreich. Rente 81 1/2
Oesterreich 5 1/2 % Silberrente 64 1/2	4 1/2 %

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank . . . 121 1/2	5 1/2 % Böh. Weich. Pr. i. S. 85
Frankf. Bank à 500 fl. 3 1/2 % 144 1/2	5 1/2 % Oest. Pr. i. S. 84 1/2
Bankverein à 100 fl. 100	4 1/2 % Obl. v. 1870 2. Em.
Einj. . . 142 1/2	5 1/2 % Obl. v. 1870 93 1/2
Bereinskasse m. fl. 100 130 1/2	5 1/2 % (Nammarkt + Ried) 94
Darmstädter Bank . . . 487 1/2	5 1/2 % Pr. v. J. Prior. Feuerf. 91 1/2
Oest. Nationalbank . . . 388 1/2	5 1/2 % Kronpr. Rud. Pr. v. 1868 85 1/2
Oest. Credit-Aktien . . . 362 1/2	5 1/2 % Kronpr. Rud. Pr. v. 1869 85 1/2
Struttarter Bank-Aktien . . . 122 1/2	5 1/2 % Pr. v. J. Prior. i. S. 91 1/2
4 1/2 % Bayer. Obl. à 200 fl. 153 1/2	5 1/2 % Ung. Pr. i. S. 76 1/2
4 1/2 % Preuss. Markb. 500 fl. 152 1/2	5 1/2 % Ungar. Nordost. Pr. 81 1/2
4 1/2 % Ludwigsb. Verb. 500 fl. 206 1/2	5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. i. S. 51 1/2
4 1/2 % Oest. Ludwigsbahn . . . 195 1/2	5 1/2 % Pr. v. J. Prior. 87 1/2
3 1/2 % Oest. S. v. G. 350 fl. 83 1/2	5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. i. S. 80 1/2
5 1/2 % Oest. Pr. Staatsb. Pr. 409 1/2	5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. i. S. 39 1/2
5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. 219 1/2	5 1/2 % preuss. Bodencredit-Central-
5 1/2 % Nordwest. A. i. Pr. 227 1/2	Pfandbriefe 104
5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. 282 1/2	7 1/2 % New-York-City-Bonds 97 1/2
5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. 273 1/2	6 1/2 % Pacific Central 89 1/2
5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. 190 1/2	6 1/2 % South Missouri 76 1/2
5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. 280 1/2	5 1/2 % Ungar. Galiz. 84
5 1/2 % Pr. v. J. Prior. Feuerf. 228 1/2	5 1/2 % Oest. deutsche Bank 127
5 1/2 % Oest. S. v. G. Pr. 195 1/2	5 1/2 % Pfälzer Bank 114 1/2
5 1/2 % Oest. Ludwigsb. Pr. i. S. 103	5 1/2 % Rheinische Credit-Bank

Anleiheleihen und Prämienanleihen.	
Bayr. 4 1/2 % Prämien-Anl. 114 1/2	Oest. 4 1/2 % 250 fl. Leihe v. 1854
Badische 4 1/2 % Obl. 114 1/2	5 1/2 % 500 fl. v. 1860 93 1/2
35 fl. Leihe 71	100 fl. Leihe von 1864 156 1/2
Braunsch. 20-J. Leihe 21	Schwedische 10-J. Leihe 12 1/2
Groß. Hessische 50 fl. Leihe 181 1/2	Stimmländer 10-J. Leihe 9
25 fl. 53	Meiningen fl. 7. 6 1/2
Ansbach-Gumbach-Leihe 13 1/2	5 1/2 % Obenburger Thlr. 40-R

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 3 1/2 % f. S. 98 1/2	Preuss. Friedrichsd'or fl. 9.58—59
Berlin 60 Thlr. 4 1/2 % 106	Wiener 9.41—43
Bremen 50 Thlr. 3 1/2 % 96 1/2	Holländ. 10 fl. S. 9.53—55
Hamburg 100 M. 3 1/2 % 88	Ducaten 5.32—34
London 10 Pf. S. 3 1/2 % 118 1/2	20-francs-Stück . . . 9.20 1/2—21 1/2
Paris 200 fr. S. 3 1/2 % 93 1/2	Engl. Sovereigns 11.49—51
Wien 100 fl. S. 3 1/2 % 105 1/2	Russische Imperial . . . 9.41—43
	Dollars in Gold 2.26—27
Disconto . . . 1/2 %	3 1/2 % Dollarcoupon . . .

Stimmung: Anfang: matt; Schluß: still.

Berliner Börse. 13. März. Kredit 206 1/2, Staatsbahn 234, Lombarden 125 1/2, Oest. Amerikaner 96 1/2, Rumänier 58, Still.  
Wiener Börse. 13. März. Kredit 343, Staatsbahn 389, Lombarden 208 1/2, Napoleonsd'or 8.81 1/2, Angloösterreich 857 1/2, Geschäftlos.  
Paris, 12. März. Anleihe 89.40, Italiener 63.85, Lombarden 481.25, Staatsbahn 883.75.

**Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.**

Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmel.	Witterung.
12. März. 27° 11.1"	+ 3.1	0.80	ND.	bedeckt	trüb
Morg. 7 Uhr 27° 10.6"	+ 7.3	0.62	"	bedeckt	trüb
Nachm. 9 " 27° 10.5"	+ 4.0	0.66	"	klar	"

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Donnerstag 14. März. 1. Quartal. 26. Abonnements-vorstellung. Er muß auf's Land, Lustspiel in 3 Akten, nach dem Französischen, von Friedrich. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag 15. März. 2. Quartal. 28. Abonnements-vorstellung. Jeßonda, Oper in 3 Akten, von Spohr. Anfang 7 1/2 Uhr.



